

# CDU-Austritt: Anwalt Dr. Maximilian Krah geht enttäuscht – „Nun ist die CDU das Übel“

Quelle: [Epoch Times vom 20.09.2016](#)

Die CDU habe sich zu weit von der einstigen CDU Helmut Kohls entfernt. Der Dresdner Anwalt Dr. Maximilian Krah ist enttäuscht von der Partei. Er habe sich zu dem Schritt entschlossen, weil die CDU dem Land nicht mehr guttue. Bislang gehörte der Politiker dem CDU-Kreisvorstand an und war Vorsitzender des Ortsverbandes Zschachwitz. Für die ursprünglich geplante Kandidatur bei der Bundestagswahl 2017 wird er nun der Partei nicht mehr zur Verfügung stehen. Als Mitinitiator einer Austritts-Webseite, hofft er auf weitere Ex-CDUler.



Am Montag bestätigte der CDU-Kreisverband Dresden den Parteiaustritt von Dr. Maximilian Krah – einstimmig und mit sofortiger Wirkung.

Krah kam damit einem eingeleiteten Parteiausschlussverfahren zuvor, da er Mitinitiator einer Webseite [\[www.cdu-austritt.de\]](http://www.cdu-austritt.de) gewesen sei, die offen zum Austritt aus der CDU aufrufe, so der Parteivorstand, wie der „MDR“ berichtet.

Hier der Aufruf von Dr. Maximilian Krah an aktive CDUler, ihm zu folgen. Der Aufruf wurde ungekürzt u. a. auch auf „KathStern“ (katholische Nachrichtenseite) unter dem Titel „Maximilian Krah tritt aus der CDU aus: ‚Es ist vorbei. Der Kampf ist aussichtslos‘“ veröffentlicht:

## ***Es war Zeit, zu gehen!***

*von Maximilian Krah*

Quelle: [KathStern.net vom 20.09.016](#)

Niemand ist der CDU beigetreten für eine Politik der unbegrenzten Zuwanderung. Niemand für eine Finanzierung der italienischen Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank. Niemand für eine Energiewende, die über die Pläne von Rot-Grün hinausläuft. Niemand hat je einen CDU-Aufnahmeantrag gestellt, damit die Türkei EU-Mitglied wird. Und erst recht hätte sich niemand, der vor 2005 CDU-Mitglied wurde, je träumen lassen, dass die Partei, der er angehört, das alles aktiv betreiben würde.

Und deshalb stehen viele CDU-Basismitglieder vor einem Dilemma. Denn wer in einem Ortsverband aktiv ist, der tut das ehrenamtlich. Ihm geht es um die Sache, nicht um die Karriere und seinen Lebensunterhalt. Das unterscheidet ihn vom Funktionärskorps. Manche CDU-Mitglieder haben ihre Meinung der Politik der

Führung angepasst. Anderen ist es nicht so wichtig, sie beschränken sich auf lokale Aufgaben. Aber die übrigen verzweifeln an ihrer Partei.

In Dresden haben couragierte Mitglieder eine [Initiative CDU-Kurswechsel](#) gegründet. Ich war der einzige Ortsverbandschef, der sie zur Diskussion eingeladen hat. Vorletzte Woche saßen etwa 15 CDU-Mitglieder deprimiert um den Tisch und alle waren sich einig, dass es so nicht weitergehen kann. Die regelmäßigen Jubelnachrichten aus dem Konrad-Adenauer-Haus sind unterdessen so weit von der Realität entkoppelt, dass man sich gar nicht mehr über sie ärgern kann; sie sind nur noch peinlich. Die bezahlten Funktionäre üben sich derweil im beredten Nichtssagen. In kleinen Runden stimmen sie der Kritik der Basis zu, öffentlich schweigen sie. Ansonsten betreiben sie Personalpolitik in eigener Sache.

Fragt man die aktiven Mitglieder, weshalb sie noch in der CDU sind, so lautet die Antwort immer, dass sie nicht aufgeben wollen, die CDU von innen zu erneuern. „Nur wer im Auto sitzt, kann die Richtung mitbestimmen“ ist ein oft gebrauchtes Zitat. Ich habe selbst so argumentiert und damit noch bis 2016 neue Mitglieder in meinen Ortsverband geworben; wir waren einer der ganz wenigen Verbände mit steigender Mitgliederzahl. Dieser Ortsverband Dresden-Zschachwitz war meine politische Heimat, und ich bedauere, sollte ich durch meinen Austritt meine Freunde da enttäuscht haben.

Die Erkenntnis der letzten Monate aber ist, dass es tatsächlich keine Chance gibt, den derzeitigen CDU-Kurs zu ändern. Meine Zweifel begannen mit dem gruseligen Bundesparteitag in Karlsruhe, zu dem ich Delegierter war. Neun Minuten standing ovations für Angela Merkel waren angesichts der Situation im Land mit damals über 100.000 illegalen Einwanderern je Monat eine Verhöhnung der Bürger. In ihrer Rede entfaltete sie die Vision eines Landes ohne Grenzen, was immer auch ein Land ohne Sicherheit, ohne Wohlstand und ohne demokratische Mitsprache für die einfachen Leute bedeutet. Es gab nichts zu Bejubeln. Von Karlsruhe flog ich zur Weihnachtsfeier meines Ortsverbandes; es war eine andere, gute Welt. Miteinander zu tun hatten sie nichts mehr.

Meine Kandidatur für den Bundestag war der Versuch zu zeigen, dass man sehr wohl in der CDU etwas erreichen und bewegen kann. Mittlerweile hat Wolfgang Bosbach seinen Rückzug aus der Politik angekündigt. Horst Seehofer kann sich nicht durchsetzen. Selbst die Wahlniederlagen in Mecklenburg und Berlin prallen an der CDU ab. Wenn aber weder *Wolfgang Bosbach*, noch der Bayrische Ministerpräsident, ja nicht einmal das Volk in Wahlen eine Korrektur der Politik der Bundeskanzlerin bewirken können – dann kann ich nicht mehr behaupten, ich könne es. Niemand kann es. Ich musste einsehen, dass ich selbst dann nichts verändern könnte, wenn mich die CDU Dresden für den Bundestag nominieren und die Bürger mich wählen würden. Ich würde entweder als konservatives Feigenblatt mit Büro im Keller und Sitz im Sportausschuss meine Wahlperiode abdiene oder müsste genau den Betrug an meinen Wählern und Unterstützern begehen, den ich anderen vorwerfe. Zu beidem bin ich nicht bereit.

Ich bin 2012 nach dem Abschluss meines Zweitstudiums in New York politisch aktiv geworden, weil ich meine Kraft und meine Kenntnisse für das öffentliche Wohl einsetzen wollte – private Interessen vertrete ich beruflich. Dieses Ziel verfolge ich weiter. Mein Austritt ist nicht das Ende der Debatte, es ist der Beginn. Mein politisches Kapital ist meine Authentizität und Glaubwürdigkeit. Diese will ich nicht verlieren.

Damit blieb nur ein Weg: Ich verlasse mit Wehmut, aber aus Überzeugung die CDU, deren Politik ich nicht mehr mittragen kann.

---

Aus der Website <http://www.cdu-austritt.de/>

### **CDU-Austritt. Zeit zu gehen.**

Die Idee der Christdemokratie ist bestechend: demokratische Willensbildung, durch die christliche Ethik moderiert. Ergänzt um bürgerliche Tugenden, entstand eine politische Bewegung, die selten hip, stylish und trendy, aber zumeist vernünftig, moderat und ausgleichend war. Die Christdemokratie hat es mit diesem Programm vermocht, die verschiedenen politischen und ökonomischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte so zu integrieren, dass sie für die Entwicklung des Landes oft bereichernd, selten schädlich wurden. Sie war zumeist Motor einer kontinuierlichen Entwicklung, zumindest aber kleineres Übel.

Nun ist die CDU das Übel. Es begann bereits 2011 mit einer Energiewende, bei der rot-grüne Politik nicht abgemildert und ökonomisch unschädlich gemacht, sondern sogar noch verschärft und der mittelfristige Ausstieg durch eine Flucht aus der Kernenergie ersetzt wurde. 2013 ließ sich die CDU sozialpolitische Forderungen der SPD in einem Ausmaß in den Koalitionsvertrag diktieren, wie es dem Wahlergebnis nicht gerecht wurde. Gefolgt von dem Versenken von Milliarden deutscher Steuergelder in Griechenland, um ein Land im Euro zu halten, das dafür offensichtlich nicht fit ist.

Das alles war aber nur ein Vorgeschmack auf die Entscheidung, eine unkontrollierte, millionenfache Masseneinwanderung zuzulassen, hauptsächlich von gering qualifizierten jungen Männern aus islamischen Staaten.

Nach ihrem Grundsatzprogramm und ihrem Anspruch will die CDU konservative, liberale und christlich-soziale Strömungen unter einem Dach vereinen. Diese "Willkommenspolitik" aber ist nicht konservativ, weil sie das Recht bricht und unsere Gesellschaft kulturellen, sozialen und ökonomischen Verwerfungen aussetzt. Sie ist nicht liberal, weil sie in unser freies, offenes Land rückständige bis mittelalterliche Wertvorstellungen, Frauen- und Gesellschaftsbilder importiert. Sie ist nicht einmal christlich oder sozial, weil sie Schutz und Hilfe nicht denen gewährt, die sie am nötigsten brauchen, sondern denen, die die stärksten Ellenbogen haben, um sich nach Deutschland durchzuschlagen - und das Geld, den Schlepper zu bezahlen.

Deutschlands Charakter als europäisches, liberales, friedliches Land steht auf dem Spiel. Es ist auf dem Weg, unsicherer, ärmer, unsolidarischer und rückständiger zu werden. Die Verantwortung für diese Politik und alle ihre Konsequenzen liegt letztlich allein bei der CDU und ihrer Vorsitzenden Angela Merkel, die diese Politik durchgesetzt hat.

Die Wähler haben das verstanden. Die CDU verliert mittlerweile bei jeder Landtagswahl, meist dramatisch. Sie liegt in Mecklenburg-Vorpommern hinter der AfD, ist in ihrem Stammland Baden-Württemberg nur mehr Juniorpartner der Grünen und erreicht in den Metropolen keine 20 Prozent mehr.

Die Mitgliederbasis der CDU ist nach wie vor intakt; es sind viele engagierte, aktive und großmütige Parteifreunde, die der Partei treu bleiben, weil sie die Chance sehen, innerhalb der CDU etwas zu verändern. Durch die Übernahme von Parteiämtern, Kandidaturen zu Parlamenten und öffentliche Stellungnahmen, so denken sie, lässt sich der verhängnisvolle Kurs korrigieren und die Idee der Christdemokratie retten. Diese Bemühungen sind aller Ehren wert.

Aber sie sind aussichtslos. Die Masse der Funktionäre ist von der Mitgliederbasis wie vom Volk völlig entkoppelt. Diese Funktionäre orientieren ihre Politik an den politischen und medialen Eliten statt an denen, die zu repräsentieren sie gewählt sind. Neun Minuten Standing Ovationen für Angela Merkel auf dem letzten Bundesparteitag waren ein Aufstand der Funktionäre gegen die Basis.

Mit ihnen und mit dieser Bundesvorsitzenden wird es keinen Kurswechsel geben. Sie ignorieren, dass die CDU eine Wahl nach der anderen verliert. Sie ignorieren, dass die europäischen Nachbarn und Partner sich von Deutschland abwenden. Sie ignorieren, dass die Schwesterpartei CSU diese desaströse Migrationspolitik nicht mitträgt. Wenn aber weder das Volk noch die europäischen Partner und auch nicht der bayerische Ministerpräsident eine Korrektur herbeizuführen vermögen, wie soll es dann den einzelnen Mitgliedern gelingen?

Mit der Entscheidung der Bundesvorsitzenden, trotz der Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin an ihrer Politik der offenen Grenzen festzuhalten und Obergrenzen für Zuwanderung abzulehnen, muss jedem, der aus christdemokratischer Überzeugung und demokratischem Patriotismus in der CDU für eine andere Politik streitet, eines klar sein: Es ist vorbei. Der Kampf ist aussichtslos. Er ist nur mehr ein Feigenblatt für eine Politik, die seinen Werten und Interessen widerspricht.

*Dr. Maximilian Krahl, 18.09.2016*